

Bestandsaufnahme und Perspektiven:

Nach der Verabschiedung des Koalitionsvertrages, der Vermietung von Wagenhalle und Görtz' Palais, nach der Verstümmelung von STIGMA und nach der klaren Absage des Kultursenators an einen Lernort in den Stadthöfen macht die aktuelle erinnerungspolitische Situation in Hamburg eine Bestandsaufnahme sinnvoll und notwendig. Auch die in diesem Jahr neu ins Leben gerufene „Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen“ (SHGL) schafft eine neue Situation. Wo stehen wir also momentan und was sind unsere Perspektiven?

GEDENKSTÄTTENKONZEPT

Die Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte hat unter anderem den Auftrag, ein langfristiges Gedenkstättenkonzept zu entwerfen. Die Grundlinien dazu gibt der Koalitionsvertrag vor. Demnach soll beim „Geschichtsort“ mit Lesesaal und Café alles so bleiben, wie es ist, ihm ist die Rolle eines „Erstinformationsortes“ zudedacht. Einen Lernort wird es in den Stadthöfen ausdrücklich nicht geben, so das Statement des Kultursenators im Beirat. Vertiefende Informationen sind für den zukünftigen Gedenkort Hannoverscher Bahnhof am Lohsepark in der Hafen-City vorgesehen. Die Geschichte der Zwangsarbeit im Hafen soll irgendwann im Lagerhaus G am Dessauer Ufer dokumentiert werden. Hier gibt es eine örtliche Initiative, die sich hierfür einsetzt und für den Erhalt dieses historischen Gebäudes eintritt. Vorher müssten allerdings noch die Eigentumsverhältnisse geklärt werden.

Für eine Gesamtschau des Widerstandes ist ein Gebäude in einem stillgelegten Teil der JVA Fuhsbüttel vorgesehen. Doch wie ist dort die Situation? Noch unter dem grünen Senator Till Steffen hat die Justizbehörde das JVA-Gelände, das zukünftig nicht mehr als Gefängnis genutzt werden soll, zum "Quartier Santa Fu" erklärt und sucht Investoren, die dort mehrstöckige Mietshäuser zwischen den denkmalgeschützten Häusern I und III und zwischen den ebenfalls denkmalgeschützten Gefängniswärterhäusern bauen sollen. Die denkmalgeschützten Gebäude würden dann von mehrstöckigen Neubauten umstellt und auch verdeckt – darüber hinaus mit öffentlichen Verkehrsmitteln nur umständlich erreichbar. Momentan wird das Gelände von der Sprinckenhof AG verwaltet. Das Muster ist bekannt: Kommerzielle Verwertung des gesamten Komplexes, mit einer kleinen Gedenkstätte in Haus III, dem ehemaligen Frauen-KZ. Es hat drei Stockwerke mit insgesamt ca. 800 - 1000 Quadratmetern Grundfläche und noch original erhaltene Haftzellen. Hier gibt es bereits in unmittelbarer Nähe seit 1987 im alten Torhaus die kleine Gedenkstätte Kolafu, die bereits von der SHGL betreut wird. Das Torhaus, die Gefängnismauer, die Wärterhäuser und Haus III stellen eine erinnerungspolitische Einheit dar, die unbedingt erhalten werden sollte. Dafür setzt sich die Fuhsbüttler Geschichtswerkstatt, die „Willi-Bredel-Gesellschaft“, schon seit Jahren ein. Die Stiftung ist jedoch nur für das Torhaus und Haus III zuständig, die Wärterhäuser stehen unter der Obhut des Denkmalschutzamtes, das sich ebenfalls für deren Erhalt einsetzt. Schon in den achtziger Jahren gab es Überlegungen, auf dem JVA-Gelände eine Dokumentationsstelle zur Geschichte des Strafvollzugs in Hamburg zu errichten. Hierfür wäre genug authentisches Material vorhanden.

Der Koalitionsvertrag sieht keinen zentralen Gedenk- und Lernort zur Geschichte von Verfolgung, Vernichtung und Widerstand im Nationalsozialismus vor. Das Gedenken an die Verbrechen des Faschismus in Hamburg bleibt also zersplittert, dezentral und über das ganze Stadtgebiet verteilt. Das Gedenkstättenkonzept der Stiftung wird daran wohl nichts ändern, es sei denn, die im Stiftungsbeirat vertretenen Organisationen nehmen massiv Einfluss auf die Stiftungspolitik.

STIGMA:

Während sich der Kultursenator im Beirat auf die Freiheit der Kunst beruft, schränkt die Behörde für Verkehr und Mobilität diese Kunstfreiheit dadurch ein, dass sie behauptet, dass das Kunstwerk im Bereich der Schleusenbrücke (d.h. vor der ehemaligen Meldehalle/Wagenhalle) nicht zu realisieren sei, da mechanische Einwirkungen auf den Belag langfristige Schäden hervorrufen könnten. Da den Künstlerinnen gesagt wurde, dass sie dann auf Jahre hinaus in der Gewährleistung seien und für Schäden in die Pflicht genommen würden, kommt für sie eine Einbeziehung dieses Abschnitts nicht mehr infrage. Das Kunstwerk soll nun in Richtung Norden vor das Hotel Tortue verlegt werden. Damit entfällt allerdings der eigentliche Sinn von Stigma, die wichtigen Eingänge des Stadthauses bis hin zur Rotunde miteinander zu verbinden. Kunstwerk und Stadthaus würden getrennt, denn das Hotel-Gebäude wurde während des Faschismus polizeilich nicht genutzt. Das Kunstwerk würde zu einer reinen Gehweg-Dekoration. Dieses ist ein Skandal, denn damit wird die Entscheidung des Preisgerichts missachtet. Im Vorfeld der Preisverleihung war bereits die Realisierbarkeit auch auf der Brücke geprüft worden und alle beteiligten Behörden, also auch die Verkehrsbehörde, hatten grünes Licht gegeben. Es wäre interessant zu wissen, ob alle Mitglieder des Preisgerichts über diese nachträgliche Missachtung ihrer Entscheidung im Bilde sind. Die Kulturbehörde sollte sich auch darüber im Klaren sein, welches Signal für zukünftige künstlerische Wettbewerbe ausgesandt wird, wenn es in Hamburg möglich ist, Entscheidungen von Preisgerichten im Nachhinein bis zur Unkenntlichkeit zu verändern! Ob die zeitgleiche Vermietung der Wagenhalle/Meldehalle an ein Möbelhaus Zufall ist oder ob hier ein Zusammenhang besteht, bleibt Spekulation.

BEIRAT

Der zehnköpfige Beirat (plus vier von der Kulturbehörde) hat sich seit März 2018 neunzehn Mal getroffen, davon zweimal auch mit dem Kultursenator. Er hat den Geschichtsort und den ehemaligen Polizeiführungsbunker besichtigt, sich mit der Gestaltung des Geschichtsortes befasst und wurde im Kulturausschuss angehört. Er hat den Vorschlag zu einem Kunstwerk als „großen Stolperstein“ gemacht, war in der Auswahl-Jury vertreten und unterstützt die Entscheidung für das Kunstwerk STIGMA. Gegenüber der Öffentlichkeit war der Beirat immer als Alibi für die ignorante Politik von Senat und Bürgerschaftsmehrheit gedacht, doch mit dieser zugeordneten Rolle hat er sich mehrheitlich nie abgefunden, denn viele Beiratsmitglieder haben sich geweigert, sich nur im vorgegebenen Rahmen zu bewegen. Die jetzige Situation mit Buchhandlung, Café und „Geschichtsort“ wurde immer als unzureichend kritisiert und immer wieder die Forderung nach einem Lernort in den Stadthöfen aufgestellt, notfalls auch mit einem Neubau auf dem Bürgermeister-Petersen-Platz. Nachdem das alles jedoch erfolglos war, blieb ihm am Ende nur noch, zur Kenntnis zu nehmen, dass die politisch Verantwortlichen die Jury-Entscheidung zum Kunstwerk STIGMA verfälschen und die Künstlerinnen massiv unter Druck setzen. Dafür jedoch braucht es keinen Beirat mehr, er hat seine Schuldigkeit getan.

INITIATIVE STADTHAUS

Die beiden wichtigsten Opferverbände in Hamburg, der „Arbeitskreis ehemals verfolgter und inhaftierter Sozialdemokraten (AvS) und die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), beide maßgebliche Träger der „Initiative Gedenkort Stadthaus“, lehnen eine Verlagerung des Widerstandes nach Fuhlsbüttel entschieden ab. Sie treten nach wie vor für einen Gedenk- und Lernort zur Geschichte von Verfolgung, Vernichtung und Widerstand im Nationalsozialismus im Zentrum der Stadt ein, das heißt dort, wo dieses geplant,

organisiert und durchgeführt wurde. Die Chancen auf die Realisierung dieser Forderung haben allerdings durch den Koalitionsvertrag und durch die Vermietungen in den Stadthöfen einen Rückschlag erlitten. Die Initiative hatte immer wieder von den politisch Verantwortlichen, hier vor allem vom Kultursenator, gefordert, sich um die Meldehalle/Wagenhalle oder auch um Räume im Görtz'schen Palais als mögliche Orte für das Erinnern, Gedenken und Lernen zu bemühen und entsprechende Forderungen gegenüber Quantum zu vertreten oder selbst Räume in den Stadthöfen anzumieten. Diese Chance ist jetzt offensichtlich vertan. Die Forderung aus dem Beirat, einen Neubau auf dem Bürgermeister-Petersen-Platz mit einer Verbindung zum ehemaligen Polizeiführungsbunker unter diesem Platz zu errichten, wurde vom Kultursenator im Beirat nicht grundsätzlich abgelehnt, allerdings mit der Einschränkung versehen, dass das dann auf Grund der beschränkten finanziellen Mittel der Stadt Hamburg zu Lasten vom Dessauer Ufer und zu Lasten von Haus 3 in Fuhlsbüttel gehen würde. Alles zusammen ließe sich nicht realisieren. Hier werden also verschiedene Initiativen gegeneinander ausgespielt und finanzielle Gründe vorgeschoben, um die ignorante Haltung in Sachen Erinnerungspolitik zu verdecken, denn ganz anders sieht es aus, wenn es um die maritime Geschichte unserer Stadt geht. Dann ist eine große Bereitschaft vorhanden, „Leuchtturmprojekte“ wie Hafenmuseum und Peking zu realisieren oder das Bismarck-Denkmal mit großem Aufwand zu restaurieren – rechtzeitig zum 150. Jubiläum der Reichsgründung.

Für die Initiative Stadthaus stellt sich jetzt die Aufgabe, wie die verschiedenen Initiativen zusammengebracht, wie gemeinsame Forderungen entwickelt und wie diese Forderungen in das Gedenkstättenkonzept der Stiftung eingebunden werden können. Es muss verhindert werden, dass die Initiativen gegeneinander ausgespielt werden. Geeignet wäre ein „Runder Tisch“ oder eine Tagung zur Erinnerungspolitik an der alle erinnerungspolitisch aktiven Akteure in Hamburg teilnehmen sollten. Die aktuelle Corona-Situation erschwert die Realisierung dieser Aufgabe allerdings. Die Hoffnung besteht, dass dieses vielleicht im Frühjahr 2021 möglich sein wird. Vielleicht ist es dann auch wieder möglich, einen stärkeren politischen Druck durch entsprechende Aktivitäten in der Öffentlichkeit aufzubauen. Die inzwischen über 100 Mahnwachen der Initiative Stadthaus leisten einen wertvollen Beitrag dazu.

Uwe Leps, 16.11.2020